

Einige Lehren der Parteileitung an den Universitäten und Hochschulen

Im Verlaufe der unlängst durchgeführten Parteileitungswahlen an den Universitäten und Hochschulen wurden die grundlegenden Beschlüsse des 7. Plenums des Zentralkomitees über die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei und über die Lehren der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten veröffentlicht, die unseren Genossen wertvolle Hilfe und Anleitung gaben.

Die Parteiorganisationen waren dadurch in der Lage, die Ursachen des ideologischen Zurückbleibens der Genossen in den Universitäten und Hochschulen zu erkennen, sie kritisch und selbstkritisch zur Diskussion zu stellen, die Schlußfolgerungen zur Verbesserung der Arbeit daraus abzuleiten und neue Parteileitungen zu wählen, die fähig sind, diese Beschlüsse rasch und gründlich in die Tat umzusetzen.

Daraus ergibt sich, daß der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik, dem Entwicklungsgesetz unserer Partei, in den Versammlungen der Grundorganisationen und auf den Delegiertenkonferenzen größte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Ohne die offene, namentliche Kritik und Selbstkritik wäre es unmöglich gewesen, die Ursachen des ideologischen Zurückbleibens im einzelnen aufzudecken und Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu beschließen.

Die alten Parteileitungen entsprachen nicht mehr den neuen großen Aufgaben

Die Hochschulreform ist mit der Einführung des Zehn-Monate-Studienjahres in ein entscheidendes Stadium getreten, und es zeichnen sich bereits die ersten Erfolge in der Qualifizierung des Lehrens, des Studiums, der Forschung und in der Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens ab. Die Zusammensetzung und das ideologische Zurückbleiben vieler Parteileitungen machten jedoch die weitere Entfaltung der teilweise schon vorhandenen Initiative auf allen Gebieten des wissenschaftlichen Lebens unmöglich. Die alten Parteileitungen waren im wesentlichen Parteileitungen der Studenten. Wissenschaftler, Professoren und Dozenten, die Mitglieder unserer Partei sind, hatten in den alten Parteileitungen kein Wirkungsfeld.

Ohne Mitarbeit der Genossen Professoren und Dozenten in den Parteileitungen ist es aber nicht möglich, die Qualität der Arbeit der Leitungen zu erhöhen und die Beschlüsse des 7. Plenums des Zentralkomitees zu verwirklichen. So blieben z. B. alle Bemühungen der Parteileitung der medizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, einen Entwurf der Entschließung, der den neuen Bedingungen und Aufgaben entsprach, auszuarbeiten, so lange völlig ungenügend, bis mit Hilfe der Genossen Professoren diese Aufgabe gelöst werden konnte. Auf der Delegiertenkonferenz an der Humboldt-Universität waren es in erster Linie die Beiträge einer Reihe von Genossen Professoren und Dozenten, die der Diskussion wissenschaftliches Niveau und kämpferischen Charakter gegeben haben, indem sie auf der Grundlage der Beschlüsse des 7. Plenums des Zentralkomitees kritisch und selbstkritisch Wege zur Lösung der großen Aufgaben zeigten.

Weiter lehrten die Parteileitungswahlen, daß die ideologische und politische Entwicklung einer Reihe von Parteileitungen hinter der allgemeinen Entwicklung der Partei zurückgeblieben war. Das zeigte sich z. B. darin, daß die Parteiorganisation der math.-nat. Fakultät an der Humboldt-Universität vor der Delegiertenkonferenz nicht in der Lage

war, ein Friedenskomitee ins Leben zu rufen, obwohl günstige Voraussetzungen bestanden.

Die neuen Parteileitungen, die aus den politisch aktivsten, ideologisch entwickeltsten, fachlich und moralisch besten Genossen Studenten, qualifizierten und parteiverbundenen Professoren und Dozenten und den besten Genossen aus den Verwaltungen und den Massenorganisationen an den Hochschulen zusammengesetzt sind, werden in der Lage sein, die Parteiorganisationen bei der Lösung unserer großen Aufgaben auf dem Gebiete der Universitäten und Hochschulen vorwärtszuführen.

Ideologische Vorbereitung der Parteileitungswahlen bis in die Grundorganisationen!

Die Erfahrungen der Parteileitungswahlen lehren, daß es nicht genügt, die Sekretäre der Grundorganisationen ein- oder zweimal zusammenzurufen und ihnen allgemeine Anweisungen über die Durchführung der Wahlen zu erteilen.

Es war erforderlich, daß die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei in den Mittelpunkt der Anleitung gestellt wurden. Außerdem kam es darauf an, in seminaristischen Beratungen die jeweils entscheidenden ideologischen Fragen der Hochschulpolitik zu behandeln und klarzustellen. Als Einleitung vor allem dieser ideologischen Arbeit diente die Hochschulkonferenz der Abteilung Propaganda des Zentralkomitees. Später wurden seminaristische Beratungen mit den Parteiorganisatoren des Zentralkomitees und den Sekretären der Parteiorganisationen an den Hochschulen durchgeführt, auf denen zwei bis drei ideologische Hauptfragen gründlich diskutiert wurden und die Anleitung der Parteiarbeit erfolgte.

Die größten Erfolge in der Vorbereitung der Parteileitungswahlen wurden dort erzielt, wo diese seminaristischen Beratungen fortgesetzt und bis zu den Leitungen der Grundorganisationen weitergeführt wurden.

Die gründliche Behandlung der ideologischen Hauptfragen in den seminaristischen Beratungen wirkte sich in den Versammlungen der Grundorganisationen auf den Inhalt der Rechenschaftsberichte, der Diskussionen und Entschließungen aus. Es gelang somit im Verlaufe der Vorbereitung der Parteileitungswahlen den anfänglichen organisatorischen Praktizismus der Parteileitungen zu überwinden, die Aktivität der Mitglieder und Kandidaten zu erhöhen.

Was die Ausarbeitung der Rechenschaftsberichte und Entschließungen lehrte

Bei den Parteileitungswahlen an den Universitäten und Hochschulen zeigte es sich, daß die alten Parteileitungen sich in erster Linie auf die Rechenschaftsberichte konzentrierten und die Ausarbeitung der Entschließungen vernachlässigten. Vielen Versammlungen der Grundorganisationen und Delegiertenkonferenzen wurden Entschließungen unterbreitet, die völlig ungenügend waren, weil sie keine konkrete Aufgabenstellung, ausgehend von der Politik der Partei und der Regierung, für die Parteiorganisationen der einzelnen Fachrichtungen, Juristen, Biologen usw., enthielten. Dies traf zum Teil auch für die Rechenschaftsberichte zu.

So konnte z. B. an der Universität Jena der Rechenschaftsbericht der Genossen Biologen nach Änderung der Überschrift ohne Schwierigkeiten auch bei den Juristen ver-